Landratsamt
Biberach

Vorbericht

Vorlage Nr. IV-011-2019

Ziffer 5 der Tagesordnung
Ziffer 3 der Tagesordnung
KT-03-2019SA-02-2019

Ausschuss für Soziales und Gesundheit
öffentlich am 24.06.2019
Kreistag
öffentlich am 10.07.2019

Dezernat 4
Petra Alger

Bündnis für Demokratie und Toleranz – Resolution zur Aktion Seebrücke – Schafft sichere Häfen (Antrag an den Kreistag)

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Biberach stimmt der Resolution des Bündnisses für Demokratie und Toleranz zu und erklärt den Landkreis Biberach zum „sicheren Hafen“.

Der Kreistag des Landkreises Biberach ruft die Städte und Gemeinden im Landkreis dazu auf sich ebenfalls mit dem Thema zu befassen.

Sachverhalt

1. Vorbemerkung

Das landkreisweite überparteiliche Bündnis für Demokratie und Toleranz hat in seinem Osterappell (siehe Anlage 1) auf die katastrophale Lage von Flüchtlingen hingewiesen, die den Weg über das Mittelmeer nach Europa suchen und hat sich klar für eine Fortsetzung beziehungsweise Wiederaufnahme der Rettung von in Seenot geratener Flüchtlinge ausgesprochen. Im Appell, der von Landrat Dr. Heiko Schmid und Oberbürgermeister Norbert Zeidler unterstützt wird, verweist das Bündnis auf die „Aktion Seebrücke – schafft sichere Häfen“ (https://www.seebruecke.org/). Das Bündnis möchte den Landkreis Biberach zum „sicheren Hafen“ für Flüchtlinge erklären und beantragt, dass der Kreistag des Landkreises Biberach beigefügter Resolution (siehe Anlage 2) zustimmt. Damit soll auch die Initiative Seebrücke unterstützt werden und der Druck auf Bundes- und Europäische Politik zur Wiederaufnahme der Seenotrettung erhöht werden.

2. Seebrücke. Schafft sichere Häfen

Die „Seebrücke. Schafft sichere Häfen“ ist eine dezentral organisierte, internationale, zivilgesellschaftliche Bewegung, die sich gegen die europäische Abschottungspolitik sowie insbesondere gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung im Mittelmeer richtet. Die Akteure solidarisieren sich mit allen Flüchtenden und fordern die Politik auf, sichere Fluchtwege zu schaffen. Die Aktion „Seebrücke. Schafft sichere Häfen“ bittet unter anderem Städte, Gemeinden und Landkreise, sich mit der Aktion zu solidarisieren und ihre Bereitschaft zu erklären auch weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen und diese zu integrieren. Damit soll Druck auf die Bundesregierung und die EU ausgeübt werden, die Verhandlungen zur Seenotrettung und für eine europäische Lösung der Flüchtlingsproblematik ausgeübt werden. Bundesweit haben sich zwischenzeitlich 58 Kommunen zum „sicheren Hafen“ und damit solidarisch mit der Aktion erklärt. Hierbei handelt es sich vor allem um Städte. Die Inhalte der Solidaritätserklärungen sind unterschiedlich. Dies liegt sicherlich auch an den bundes- und landesrechtlich unterschiedlichen Zuständigkeiten. So ist die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge Aufgabe von Bund und Ländern, der Landkreis selbst kann nicht bestimmen, wie viele Flüchtlinge vom Bund aufgenommen werden. Alle Bündnisunterstützer eint die Solidarität mit den in seenotgeratenen Flüchtlingen und der dringende Handlungsbedarf und das „nicht Wegschauen wollen“.

3. Wertung des Antrages

Der Landkreis und die Kommunen sind für die Unterbringung der nach Quote zugewiesenen Personen zuständig. Hier kann die Aktion im Landkreis und in den Städten und Gemeinden ansetzen, in dem der Landkreis Biberach klar signalisiert, dass er bereit ist, auch weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, wenn er dazu von Bund und Land aufgefordert wird. Dies kann im Rahmen der regulären Flüchtlingsaufnahme geschehen, aber auch im Rahmen von humanitären Aufnahmen und Resettlementprogrammen. Auch in der Vergangenheit war der Landkreis Biberach bereit, Flüchtlinge in gewissem Rahmen über der Quote und im Rahmen der oben genannten Programme aufzunehmen, wenn er dazu von Bund und Land aufgefordert wurde. Voraussetzung ist, dass die Kostenübernahme durch Bund beziehungsweise Land geklärt ist. Der Landkreis ist hier auf die Unterstützung der Städte und Gemeinden angewiesen, die letztverantwortlich für die Unterbringung sind. Daher sollten sich auch die Kommunen im Landkreis mit der Aktion „sicherer Hafen“ auseinandersetzen. Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich den Antrag des Bündnisses für Demokratie und Toleranz und die vorliegende Resolution.

Anlagen

Osterappell des Bündnisses (Anlage 1, öffentlich)
Antrag und Resolution (Anlage 2, öffentlich)